



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung,
Digitalisierung und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 07.03.2024

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung des Ausschusses
für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
am Dienstag, 12. März 2024, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.01.2024

2. 23-F-69-0092

ANLAGE

Zwerg-Nase-Zentrum

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 6.12.2023 -
- Beschluss Nr. 168 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 12.12.2023 -

Bereich Digitalisierung

3. 24-F-10-0005

Cybersicherheit

- Antrag der AfD-Fraktion vom 29.02.2024 -

In den vergangenen Jahren sind neben Unternehmen auch öffentliche Einrichtungen, Verwaltungen, Krankenhäuser, Schulen und Universitäten und Infrastruktureinrichtungen vermehrt Cyber-Attacken ausgesetzt. Einige dieser Angriffe, z.B. Universität Gießen in 2020, haben zu erheblichen Beeinträchtigungen des Betriebsablaufes und zu Kosten von ca. 1,7 Mio. Euro geführt. In einer Arbeitswelt, die mittlerweile zu einem sehr hohen Anteil von der reibungslosen Funktion der IT-Technik abhängig geworden ist, bildet der Schutz der IT-Infrastruktur eine essentielle Notwendigkeit.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. Wie viele Cyber-Angriffe auf IT-Systeme der Stadtverwaltung und stadteigenen Einrichtungen gab es seit dem 01.01.2021? (Bitte aufschlüsseln nach Jahr, Abteilung und Straftatbeständen)
2. In wie vielen Fällen konnten die konkreten Angreifer ermittelt werden? (Bitte aufschlüsseln nach Jahr, Abteilung und Straftatbeständen)
3. In wie vielen Fällen haben derartige Angriffe zu einer Beeinträchtigung des Betriebsablaufes geführt? (Bitte aufschlüsseln nach Jahr, Abteilung)
4. Welche Maßnahmen zur Erhöhung der IT-Sicherheit wurden innerhalb dieser Zeit umgesetzt, um das Risiko eines erfolgreichen Cyberangriffs zu minimieren?
5. Welche weiteren Maßnahmen zur Erhöhung der IT-Sicherheit sind in Umsetzung oder geplant, um die Wahrscheinlichkeit eines erfolgreichen Cyberangriffs weiter zu minimieren?
6. Welche Institutionen unterstützen bei Bedarf die Stadtverwaltung?
7. War oder ist die Stadt Wiesbaden Mitglied im Cybersicherheitsrat Deutschland e.V.?

4. 24-F-63-0018

Künstliche Intelligenz in der Stadtverwaltung: Pilotprojekte, rechtssichere Nutzung und Synergieeffekte mit KI-Investitionen

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 05.03.2024 -

In unserer schnelllebigen digitalen Welt ist es für die öffentliche Verwaltung wichtig, sich den neuesten technologischen Entwicklungen anzupassen. Microsoft plant, in den nächsten zwei Jahren 3,3 Milliarden Euro in Deutschland zu investieren, um seine KI- und Cloud-Computing-Kapazitäten zu erweitern. Diese Ankündigung umfasst ein KI-Weiterbildungsprogramm für bis zu 1,2 Millionen Menschen. Auch Hessen und die Rhein/Main-Region werden profitieren.

Auch das Hessische Zentrum für KI (hessian.AI), seit 2022 gefördert mit 17 Millionen Euro vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, soll die KI-Forschung und deren Einsatz in der Arbeitswelt stärken. Am 24. Januar 2024 verabschiedete die Europäische Kommission zudem eine offizielle Mitteilung an den Europäischen Ausschuss der Regionen zur Förderung von KI-Gründungen und Innovationen, die bis 2027 zusätzliche Investitionen von rund 4 Milliarden Euro aus öffentlichen und privaten Quellen anziehen soll. Dieser Schritt definiert einen strategischen Rahmen für vertrauenswürdige KI-Technologien und betont die Bedeutung der Bildung und Qualifizierung im KI-Bereich, um Europas KI-Talentpool durch Bildungs- und Umschulungsinitiativen zu stärken und zu erweitern.¹

Das von der Rathauskooperation angestrebte KI-Kompetenzzentrum ist ein erster Schritt zur Nutzung von KI innerhalb der Stadtverwaltung und kann von den EU-Programmen, dem hessian.AI sowie von privaten Investitionen profitieren. Dies ermöglicht Zugang zu fortschrittlicher KI- und Cloud-Technologie sowie wissenschaftlichen Erkenntnissen, um innovative KI-Lösungen für den rechtssicheren Einsatz im Arbeitsalltag der Stadtverwaltung zu entwickeln und zeitnah umzusetzen. So hat beispielsweise die Stadt Schorndorf im Januar 2024 klare Richtlinien und Verfahren eingeführt, die den Mitarbeitenden die Nutzung Künstlicher Intelligenz bereits jetzt ermöglicht, gleichzeitig aber auch Datenschutz und Datensicherheit gewährleistet.²

Der Ausschuss möge beschließen,

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Der Magistrat wird gebeten,

1. das weitere Vorgehen und den Zeitplan zur Einrichtung des KI-Kompetenzzentrums sowie dessen geplanten Einsatz- und Aufgabengebiete dem Ausschuss vorzustellen.
2. den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung mit geeigneten Maßnahmen die rechtssichere Nutzung von Künstlicher Intelligenz zu ermöglichen. Dabei ist sicherzustellen, dass mit KI erstellte Inhalte transparent gekennzeichnet werden. Entscheidungen, die menschliche Sensibilität benötigen, müssen zudem in letzter Instanz von Menschen getroffen werden.
3. mögliche Synergieeffekte und Kooperationen mit externen Angeboten, Schulungen und Programmen im KI-Bereich auszuloten, um bestmöglich von deren Innovationen und Investitionen in der Rhein-Main-Region zu profitieren.
4. sich im Rahmen der Umsetzung des KI-Kompetenzzentrums intensiv um Fördergelder aus den geplanten EU-Investitionen zu bemühen.
5. ein Pilotprojekt zu initiieren, das zum Ziel hat, eine datenschutzkonforme Variante eines KI-basierten Large Language Models (LLM), für einzelne Bereiche in der Verwaltungsarbeit (bspw. im Bürger*innendialog) zu beschaffen und zu testen.

5. 24-A-83-0003

Vorstellung Smart City inkl. IoT-Datenplattform

¹ [Communication on boosting startups and innovation in trustworthy artificial intelligence | Shaping Europe's digital future \(europa.eu\)](https://europa.eu/communication-on-boosting-startups-and-innovation-in-trustworthy-artificial-intelligence)

² [Warum Schorndorf eine Dienstanweisung für KI hat - Tagesspiegel Background](#)

6. **22-A-83-0003**

Aktuelles aus dem Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung

Bereich Wirtschaft/Beschäftigung

7. **24-F-69-0022**

Talfahrt der heimischen Wirtschaft beenden

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 06.03.2024 -

Steigende Gebühren und Abgaben, fehlende Planungssicherheit und Fachkräftemangel: Wie der neue Konjunkturbericht der IHK Wiesbaden zeigt, befindet sich die regionale Wirtschaft in schwierigen Zeiten. Auch für die nächsten 12 Monate haben die Unternehmen insgesamt schlechte Erwartungen.

Um die heimische Wirtschaft anzukurbeln und dem Abwärtstrend frühzeitig entgegenzusteuern, bedarf es dringend wirtschaftlicher Entlastungen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. zu berichten, wie er die Ergebnisse des neuen Konjunkturberichtes der IHK Wiesbaden einschätzt und mit diesen umgeht.
 - a. Sind bereits Maßnahmen geplant, um dem Abwärtstrend insgesamt entgegenzusteuern?
 - b. Welche Auswirkungen hat die aktuelle wirtschaftliche Lage speziell auf die Beschäftigten in der Region?
2. zu berichten, wie die Landeshauptstadt Wiesbaden die Zusammenarbeit zwischen lokalen Unternehmen und Bildungseinrichtungen fördert, um den Fachkräftebedarf zu decken.
 - a. Der Bedarf an Arbeitsstellen für den Wirtschaftsraum ist in absoluten Zahlen von 15.947 auf 17.867 Stellen gestiegen. Aus welchen Gründen ist die Arbeitslosenquote in Wiesbaden im direkten Vergleich mit anderen Rhein-Main-Städten wiederholt höher, obwohl sich der Arbeitsmarkt in den letzten Jahren von einem Arbeitgeber- zu einem Arbeitnehmermarkt verändert hat? Wie lässt sich die hohe Arbeitslosenquote in der Region erklären?
 - b. Warum ist die Arbeitslosenquote in Wiesbaden mit 8,2% (+ 0,7 Vorjahresmonat) höher als im Rheingau-Taunus Kreis, wo die Arbeitslosenquote bei 4,9% (+ 0,5 Vorjahresmonat) liegt? Welche Gründe werden hierfür gesehen und welche Maßnahmen werden ergriffen, um die Arbeitslosenquote langfristig in Wiesbaden zu reduzieren?
3. zu prüfen und zu berichten, welche Impulse für die heimische Wirtschaft gesetzt werden können, um das Wachstum entgegen der Erwartungen anzukurbeln und regionale Unternehmen endlich spürbar zu entlasten. Besonders der Einzelhandel, der als das neue Sorgenkind der Branchen gesehen wird, sollte hierbei Berücksichtigung finden.

8. 24-F-63-0022

Fortführung des „Kiezzgarten“ auf dem Sedanplatz in 2025

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 06.03.2024 -

Der Kiezzgarten auf dem Sedanplatz im Wiesbadener Westend hat sich seit seiner erstmaligen Öffnung im Corona-Sommer 2020 schnell als außergastronomisches Angebot etabliert und wurde rege von den Wiesbadener*innen genutzt. Das Besondere an dem Konzept: mehrere umliegende Gastronomen stehen gemeinsam dafür ein, organisieren den Ausschank sowie kulturelle Angebote auf dem Platz. Mit Speisen können sich die Gäste ebenfalls in der umliegenden Gastronomie versorgen.

In diesem Jahr wird es wegen anstehender Baumaßnahmen keine Gastro auf dem Sedanplatz geben: im Mai 2023 hat die Stadtverordnetenversammlung eine Umgestaltung beschlossen, die unter anderem eine Brunnenanlage sowie verschiedene Nutzungs- und Aufenthaltsbereiche vorsieht, einschließlich einer Verstetigung der gastronomischen Nutzung. Im November 2024 sollen die Baumaßnahmen abgeschlossen sein.

Bei einer Sondersitzung des Ortsbeirats Westend im Februar 2024 wurde der aktuelle Planungsstand vorgestellt. Hier waren auch die umliegenden Gastronomen anwesend und haben ihr Interesse an einer weiteren Bespielung des Platzes verdeutlicht. Dafür benötigten sie Planungssicherheit. Wesentlich für einen wirtschaftlichen Betrieb ist aus ihrer Sicht unter anderem eine ausreichend große Bewirtungsfläche. Die Gastronomen haben auch dargelegt, welchen Beitrag sie in den zurückliegenden Jahren ebenso für die Sauberkeit wie für eine soziale Kontrolle auf dem Platz geleistet haben.

Nicht zuletzt deswegen ist es im Sinne der Stadt, auf dem Sedanplatz eine nachhaltige gastronomische Bespielung sicherzustellen. Diese könnte ggf. auch auf andere Jahreszeiten ausgedehnt werden (etwa durch einen Quartiersweihnachtsmarkt). Damit das gelingt, müssen von Anfang an geeignete Rahmenbedingungen auch für die Gastronomie geschaffen werden.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. innerhalb des Gestaltungskonzepts alle Spielräume für eine Ausweitung der gastronomischen Fläche zu nutzen.
2. die gastronomische Nutzung des Sedanplatzes nach Maßgabe der Sondernutzungssatzung als Außenbewirtschaftung zu behandeln und zu vergeben.
3. durch ausreichend viele Abfallbehälter und geeignete Leerungsintervalle dafür Sorge zu tragen, dass eine Vermüllung des konsumfreien öffentlichen Bereichs des Platzes vermieden wird.

9. 24-F-63-0019

Ideen für die Innenstadt - Engagement Raum geben

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 06.03.2024 -

Bei einer gut besuchten Veranstaltung im WiCoPop hat das international renommierte Wiesbadener Gestaltungsbüro 3DELUXE Ideen für neue Orte in der Innenstadt präsentiert. Anspruch der drei bewusst frei und kühn gedachten Konzepte unter der Überschrift „Where WI live“: den öffentlichen Raum, das „Wohnzimmer der Stadt“ als Begegnungs- und Erlebnisort neu zu denken und zu zeigen, welche Chancen im Wandel der Innenstädte stecken.³ Bei der Präsentation war der Zuspruch im Publikum enorm, die Lust und Bereitschaft, an einer solchen Transformation nicht nur mitzudenken, sondern sich mit konkreten Beiträgen einzubringen, war spürbar.

Dass eine tatsächliche Umsetzung der Ideen eine Reihe von Klärungen und Entscheidungen voraussetzt (und es Argumente dafür und dagegen gibt), ist auch den Initiator*innen von „Where WI live“ bewusst. Ein Outdoor-Pool mit heißem Quellwasser („Hot Pot“) bräuchte wohl zumindest eine*n finanzkräftige*n Investor*in. Zur Umgestaltung der Schwalbacher Straße liegen bereits politische Beschlüsse vor. Auf der anderen Seite bietet die Stadt bereits Optionen für zivilgesellschaftliche Projekte im öffentlichen Raum - etwa für Urban Gardening. Kurzfristig realisierbar erscheint am ehesten das Konzept „Playscape“ (Mix aus Spiel- und Sportort sowie Kunstobjekt).

Inzwischen hat sich aus der Veranstaltung im WiCoPop heraus eine Initiative gegründet, die sich intensiver mit der Verwirklichung zumindest einzelner Konzepte beschäftigen will. Angesichts knapper städtischer Kassen möchte sie dafür auch nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten (etwa Spenden und Sponsoring) suchen. Für die Landeshauptstadt Wiesbaden sind die Gestaltungslust und das Engagement von Bürger*innen ein Schatz. Es gilt daher, Türen zu öffnen, in Dialog zu treten, Unterstützungsoptionen anzubieten und nicht zuletzt Wege auch für neue Formen der Kooperation zwischen Zivilgesellschaft und Stadtverwaltung zu bahnen.

Daher möge der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. Kontakt mit der sich formierenden Initiative aufzunehmen.
2. im Austausch mit der Initiative zu prüfen, ob und wo eine von der Idee „Playscape“ inspirierte Konzeption in der Innenstadt in der vorgestellten oder einer abgewandelten Form umsetzbar wäre (auch als temporäre und mobile Lösung).
3. ein mögliches Umsetzungsprojekt der Initiative
 - a. bei Bedarf fachlich und organisatorisch zu unterstützen.
 - b. bei Bedarf auf die Einwerbung von Fördermitteln zu beraten und über das städtische Fördermittelmanagement zu eruiieren, welche kommunalen Fördertöpfe für ein solches Projekt geeignet wären.
4. zu berichten, welche Möglichkeiten Bürger*innen zur Verfügung stehen, Urban Gardening Projekte zu initiieren und zu betreuen.

³ Mehr Infos zu drei Entwürfen hier: <https://sensor-wiesbaden.de/grosser-wurf-wie-ein-wiesbadener-designer-mit-kuehnen-ideen-den-lebensraum-stadt-neu-gestalten-will/>

10. 24-F-69-0023

Nachtbürgermeister

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 06.03.2024 -

Nach zwei Jahren endete im Dezember 2023 das ehrenamtliche Engagement der beiden Wiesbadener Nachtbürgermeister. Laut WK soll nun vom zuständigen Dezernat geprüft werden, ob ein Teil der Aufgaben der Nachtbürgermeister vorerst vom neuen City-Management übernommen und abgedeckt werden kann.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten

1. wie der aktuelle Stand der Prüfung aussieht.
2. ob sich zwischen den Dezernaten hinsichtlich der neuen Ansiedlung verständigt wurde, insb. bei Dez. III/ Kultur.
3. welche Aufgaben die Nachtbürgermeister bisher übernommen haben und welcher Teil davon konkret vom City-Manager übernommen wird.
4. wie der neue City-Manager diese Aufgabe in seinem Team verteilen wird.
5. welcher finanzielle Mehrbedarf durch diese zusätzlichen Aufgaben entsteht und wie gewährleistet wird, dass das zusätzliche Budget bereitgestellt werden kann.

11. 21-A-83-0002

Aktuelles aus dem Fachbereich Wirtschaftsförderung

Bereich Allgemeines:

12. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 23-F-63-0025

Alternativantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt zu Top I.7 "23-F-69-0010 - Ein dritter Tag für das Theatrium - ein dritter verkaufsoffener Sonntag für die Innenstadt" der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 09. Februar 2023

- Bericht des Dezernates II vom 04.03.2024 -

- *Die Unterlagen werden nachgereicht -*

- *Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 12.03.2024 -*

2. 23-F-63-0093

Weiterentwicklung der Smart City Wiesbaden: Datennutzung, Künstliche Intelligenz und Bürgerbeteiligung

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und DIE LINKE. vom 13.09.2023 -
- Bericht des Dezernates VII vom 18.12.2023 -

- Der Bericht steht im PiWi zur Verfügung -

3. 24-V-07-0001

DL 08/24-1

Beitritt NExT e. V. der Landeshauptstadt Wiesbaden

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Susanne Hoffmann-Fessner
Vorsitzende